

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Votenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Votenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe,
Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerschmann.
Eberfeld: W. Thienes. Greifswald: G. Wille. Halle a. S.
J. L. Dabbe & Co. Hamburg: Joh. Neubaar, A. Steiner,
William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Giesler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Präsident Faure in Russland.

Der bei dem Galadiner in Peterhof statt-
gehabte Toastwechsel zwischen dem Kaiser
Nikolaus und dem Präsidenten Faure hält sich
durchaus innerhalb der Grenzen, welche sich
aus den Beziehungen des Zarenreiches zu der
französischen Republik von selbst ergeben. Ausland
und Frankreich sind durch Sympathien und
Interessen verknüpft, von denen erstere, die
Sympathien, als ausschließliche Domäne beider
Parteien gelten können, während die ihnen ge-
meinsamen Interessen alsbald den Punkt er-
reichen, wo das besondere Verhältnis beider
Staaten und Völker zu einander in den breiten
Strom des europäischen Gesamtinteresses an der
Pforte möglichst guter allerseitiger internationaler
Beziehungen behufs Wahrung des Friedens nach
Außen und der staatlichen und gesellschaftlichen
Ordnung im Innern einmündet. Insofern ein
gutes, ja herrliches Gelingen zwischen
Peterburg und Paris den Bestrebungen, welche
der großmächtigen Gesamtkraft Ziel und
Richtung geben, nur förderlich sein kann, werden
die in Peterhof ausgetauschten Toaste überall
in Europa aufrichtigen Beifall und ein
sympathisches Echo erwecken. Erörterungen
darüber, ob bei der gegenwärtigen Gestaltung der
französisch-russischen Beziehungen die Verhältnisse
stärker sind als die Verhältnisse, können um so
eher aus dem Spiele bleiben, als jene Gattung
spekulativer politischer Fiktionen, welche die
Freundschaft der Franzosen für die Russen und
vice versa unter dem Gesichtswinkel der
Sentimentalität und der Tendenz zu betrachten
steht, gegenwärtig in beiden Reichen zur
Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. In Frank-
reich hat die politische Beachtenswerthe Tages-
publizistik aller Parteischattierungen gelernt,
die Dinge zu nehmen wie sie sind, und dieses
politisch nüchterne Verhalten hat den maßgebenden
Kreisen Petersburgs ihre Pflege der fran-
zösischen Freundschaft nicht wenig erleichtert.
Der Gang der Weltbegebenheiten mahnt zudem
das festländische Europa, alle das internationale
Gemeinwesen störenden Momente auf absehbare
Zeit bei Seite zu stellen und dafür die einzi-
gen Momente desto bewußter zu kultivieren. In
diesem Sinne hat auch die Reise des Präsidenten
Faure nach Russland die Billigung aller dem
niedrigen Treiben der chauvinistischen Blätter ab-
gehobenen Politiker gefunden, die auch in dem Ge-
danken nichts Abfälschendes finden, daß Frank-
reich und Russland mit dem deutschen Reich und
den übrigen Theilmächern des Dreieckbundes ver-
eint zur Ueberwindung der Semmisse zusamen-
gehen, welche im Orient und an anderen Orten
der internationalen Verständigung über schwebende
Fragen beharrlich in den Weg gelegt werden.
Die Herzlichkeit und Wärme des in den Peter-
hof-Toasten angeschlagenen Tones bürgt dafür,
daß keinerlei Vorbehalte und Nebenbedenken,
die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hät-
ten, in der russisch-französischen Freundschaft eine
Rolle spielen. So vereint sich denn Alles, um
die Reise des Präsidenten Faure zum Besuche
des Zarenhofes harmonisch in den Nahen
jener alte internationaler Kontraste einzufügen,
die seit Jahr und Tag dem großen Gedanken
des Zusammenwirkens der kontinentalen Mächte
zum Zwecke der Friedenserhaltung so erfreulich
und wirksamen Vorschub leisten.

Petersburg, 24. August. Trotz anhalten-
den Regens fand heute Nachmittag 1½ Uhr
durch Kaiser Nikolaus und den Präsidenten
Faure in Anwesenheit aller Großfürsten, der
Vorstehers, der Staats- und Hofwärtenträger,
der Stadtvertretung u. A. unter großem fird-
lichen Gepränge die feierliche Glockenheiligung
der Troitzki-Brücke statt. Metropolit Innocentius
celebrierend, Präsident Faure hat die ersten
Hammerschläge, ihm folgte Kaiser Nikolaus. An
der Brücke war ein prächtiges Kaiserzelt in Gold-
brokat errichtet worden. Dasselbe war von drei
hochbesetzten Tribünen umgeben, während sich
gegenüber auf der Mauer eine schwimmende
Tribüne befand. Viele Schiffe trugen Flaggen-
galea; 10 Torpedoboote lagen bei der Brücke.
Musikkorps intonierten abwechselnd die Zaren-
Hymne und die Marschälle. Sowohl beim Ein-
treffen des Kaisers Nikolaus und des Präsidenten
Faure wie bei Abfahrt derselben brach die
Menge in begeisterten Jubel aus. Nach Be-
endigung der Feier begab Kaiser Nikolaus sich
auf einem Dampfer nach Peterhof, während
Präsident Faure sich unter dem Vorhitz und
Begleitung einer Kosakenkompanie nach der fran-
zösischen Botschaft begab, woselbst er die französische
Kolonne empfing. Im Laufe des Nachmittags
findet der Empfang des diplomatischen Korps
und der Duma statt.

Präsident Faure fuhr Nachmittag um 4 Uhr
5 Minuten bei der deutschen Botschaft vor und
gab, da Fürst Radolinski abwesend war, seine
Karte ab, die großlobig, hellblau und mit
blauer Dinte beschriftet ist. Vor der Botschaft
war großes Gedränge einer kleinen Menschen-
ansammlung, obwohl es regnete.

Paris, 24. August. In auffallendem
Gegensatz zu den freundlichen Deutungen in den

Zeitungsmittel die Bevölkerung in keiner
sichtbaren Weise ihrer Bedrückung über die
Petersburger Feste Ausdruck; die Besetzung
von Paris scheint, obwohl die Blätter fortgesetzt
dazu auffordern, definitiv zu unterbleiben, und
nicht man nirgendes Anzeichen, Alles bewegt
sich in gewohnten Gänge. Gewiß herrscht hohe
Friedensliebe über die bedeutenden Freundschafts-
zeichen Auslands, doch vergißt man nicht, daß der
Zar täglich auch Gastfreundschaft vergütet. Gerade
die denkenden Franzosen vermischen deutlich das
geprochene Wort Allianz, wo für auch des
Metropolitens Gebet für Frankreich nicht ent-
schädigt.

Aus dem Reich.

Der Großherzog von Baden hat in St.
Blasen mit weitem Erfolge wie bisher den
Gebrauch der Bäder und Douchen fortgesetzt
und konnte bei allmählicher Kräftigung mehrere
Spaziergänge in die nächste Umgebung unter-
nehmen. Täglich machten die hohen Herrschaften
Ausfahrten. Der günstige Erfolg des Auf-
enthaltes in St. Blasien veranlaßt, wie der
Hofbericht der „Karl. Ztg.“ meldet, den Groß-
herzog, noch den ganzen Monat August dort zu
verweilen. Die Großherzogin beabsichtigt sich
am 29. d. M. nach Koblenz zur Denkmalfeier
dort zu begeben und gedenkt dann nach Karls-
ruhe zurückzukehren, um am 2. September nach
der Mainau überzufahren. — Der Land-
gerichtspräsident Kerckhoff in Aurich beab-
sichtigt zum 1. Oktober in den Ruhestand zu
treten. Seit 1886 Landgerichtspräsident, hat er
schon 1894 das 50jährige Dienstjubiläum ge-
feiert. — Der deutsche Genossenschaftstag
wurde gestern in Rostock eröffnet. Zum Vor-
sitzenden wurde Prokols-München gewählt. —
Die Stadtverordneten zu Frankfurt a. M. haben
für die Nothleidenden in den Ueber-
schwemmungsgebieten 50 000 Mark be-
willigt. — Ein schreckliches Unglück ereignete sich
am Sonnabend früh gelegentlich der Lungen-
festlichkeiten bei dem zur Zeit in Leobfing
befindlichen Dragonerregiment König Friedrich III.
(schliffes) Nr. 8. Ein Dragoner hatte beim
Werfen der Lanze in die Höhe zwecks Er-
langung einer anderen Griffart derselben einen
ungleichmäßigen Fuß gegeben, und so fiel die
Lanze senkrecht herunter und durchbohrte den
Körper des Mannes. Noch am Nachmittag des
genannten Tages erlag der Mann der schweren
Verletzung. — Der Magistrat zu Königsberg
i. Pr. hat zur Bekämpfung der Granulose
unter den Schulkindern einen Kredit von 3000
Mark von den Stadtverordneten verlangt. —
Der durch den Prozeß Szabinski in weiteren
Streifen bekannt gewordene Lehrer Wenzel ist,
wie das „Pos. Tgbl.“ hört, in eine bessere
Stelle in einer deutschen Gemeinde versetzt und
hat eine besondere Gratifikation bewilligt
worden. — Die sozialdemokratische Fraktion
des sächsischen Landtages hat unterm 20.
d. M. das Verlangen an die sächsische Regierung
gerichtet: 1. die Arbeiten behufs Ermittlung
des durch die Ueberschwemmung am 29. Juli
und der folgenden Tage verursachten Schadens
möglichst zu beschleunigen; 2. eine außer-
ordentliche Ständeverammlung behufs Be-
willigung einer Staatsanleihe zur Unterfützung
der vom Hochwasser Geschädigten zusammen zu
berufen. Begründet ist dieses Verlangen in
folgender Weise: „Das Hochwasser, welches in
den letzten Tagen des Juli und Anfangs August
ausgedehnte Gebiete unseres Landes heim-
geschlug hat, verfestete einen bedeutenden Theil der
Bevölkerung in außerordentliche Noth. Die
durch private Wohlthätigkeit gesammelten Mittel
reichen bei Weitem nicht aus, dem Nothstand
abzuhelfen. Es ist Pflicht des Staates, den
durch diese außerordentlichen und unvorhergesehenen
Ereignisse ins Elend Gerathenen zu helfen. Die
Größe der Noth und die große Zahl der Ver-
schädigten erfordern Geldsummen, welche die
Regierung aus den ihr zur Verfügung stehenden
Mitteln in ausreichendem Maße nicht zu be-
willigen im Stande ist. Deshalb ist die Auf-
nahme einer Staatsanleihe unerlässlich. Es
treten demnach die Bestimmungen des § 105
der Verfassung in Kraft, wonach,
„wenn in außerordentlichen, dringenden Fällen
schleunige finanzielle Maßnahmen erforderlich werden,
zu welchen an sich die Zustimmung der Stände
notwendig ist, eine außerordentliche Stände-
versammlung einzuberufen ist“. Aus diesen
Gründen erwartet die sozialdemokratische Fraktion,
daß ihrem Ersuchen stattgegeben wird.“ In
ähnlicher Weise beschloß der Landesverein
sächsischer Hausbesitzer dahin zu wirken, daß
künftig Hochfluthschäden geleglich aus der Staats-
kasse vergütet werden.

Deutschland.

Berlin, 25. August. Die englischen An-
griffe auf das Verhalten der deutschen Regierung
bei den türkisch-griechischen Friedensverhandlungen
werden in der „Nordd. Allg. Ztg.“ wie folgt zu-
rückgewiesen:

besitzer wünscht aus seinem Grundbesitz nichts
anderes, als eine sichere und feste Rente für
seine Kapitalanlage zu beziehen. Fest und sicher
kann diese Rente aber nur sein bei möglichst
dauernden Miethsverträgen. Jeder Wechsel im
Bestande der Miether erfordert Aufwendungen
für Reparaturen der Wohnungen, führt die Mög-
lichkeit der Miethvermittlung derselben, sowie die
fernere, auf einen nicht zahlungsfähigen Miether
zu stoßen, nahe und gefährdet so den erhofften
Rentenbezug. Der Vermieter hat also keines-
wegs ein Interesse an der Erleichterung des
Wohnungswechsels. Ebenso wenig kann eigentlich
ein solches Interesse auf Seiten des Miethers
angenommen werden, auch ihm muß schon wegen
der Unbequemlichkeit des Wohnungswechsels bei
übermäßigem Angebot oder bei Mangel an ge-
eigneten Objekten die Unwahrscheinlichkeit, eine
seinen Ansprüchen genügende Wohnung zu finden,
der Gefährdung seines Mobiliars beim Trans-
port von einer Wohnung in die andere daran
liegen, möglichst selten zu einem Umzug zu
zwingen. Wie häufig ist der Miether durch seine
geschäftlichen oder Verkehrsbeziehungen an eine
bestimmte Gegend, ein bestimmtes Stadt-
viertel gebunden — nichtsdestoweniger wechselt er

„Die englische Presse hat die neueste Schwen-
kung der britischen Diplomatie in den Friedens-
verhandlungen am Goldenen Horn zum Anlaß
genommen, um vor der öffentlichen Meinung
Europas Deutschland als diejenige Macht hinzu-
stellen, die durch ihre Haltung in der griechischen
Finanzfrage die Unterzeichnung des Präliminar-
friedens planmäßig verzögere. Dem Wiener
Berichtskriter der „Times“ ist es gelungen,
einen Gewährsmann für die Behauptung zu fin-
den, die europäische Ueberwachung einiger Zweige
der griechischen Finanzverwaltung finde nicht ein-
mal bei den Vertretern der deutschen Gläubiger
Griechenlands Anlaß und die deutsche Regie-
rung bestrebe auf dieser Forderung nicht aus fach-
lichen Gründen, sondern um einem Nachbedürf-
niß zu genügen, das in hohen deutschen Kreisen
gegen das Königreich der Hellenen gehegt werde.
Es braucht gegenüber diesen geflüsterten Ent-
stellungsversionen nur nochmals darauf hingewie-
sen zu werden, daß die Einführung interna-
tionaler Vorschriften für die Verzinzung und
Tilgung der Anleihen Griechenlands, der älteren
wie der neu zu kontrahierenden, als eine unab-
weisable Nothwendigkeit von sämtlichen im Kon-
tinent der Mächte befindlichen Regierungen, ein-
schließlich der großbritannischen, anerkannt und
von Lord Salisbury vor dem Hause der Lords
deutlich genug als die conditio sine qua non
für die Hebung des griechischen Kredits auf dem
europäischen Geldmarkt bezeichnet worden ist.
Der englische Premier dürfte sich bei dieser Er-
klärung beruhigt gewesen sein, daß seine Ansicht
mit dem Urtheil der maßgebenden Londoner
Finanziers zusammenfällt. Auch der Pariser
„Matin“ veröffentlicht über die Stimmung der
Geldleute an der Thème Angaben, deren Gegen-
überstellung mit den Auslassungen des Wiener
„Times“-Korrespondenten um so interessanter ist,
als der „Matin“ wohl nicht in dem Verdacht
steht, an einer „Erniedrigung“ Griechenlands
mitarbeiten zu wollen.

„Man verfährt in gewissen Finanzkreisen
und namentlich in den griechischen Bankhäusern
Londons, daß, wenn diese (Finanz-) Kontrolle in
wirksamer Weise eingeführt wird, Griechenland
zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen die
Mittel finden würde, um sich schnell den Türken
gegenüber abfinden und so in kurzer Frist die
Räumung Thessaliens herbeiführen zu können.
Die reichen griechischen Häuser in London, von
deren Geheiß wir mehrere befragt haben, scheinen
einstimmig die Einführung dieser Kontrolle zu
wünschen, die das Schlüsselwort der Lage sei.
Sie erklären die Hilfsquellen Griechenlands bei
fortwährender Verwaltung und Ueberwachung für
vollkommen ausreichend, um den Bedürfnissen zu
entsprechen. Nach ihrer Ansicht würde eine ernst-
liche Kontrolle der griechischen Finanzen die
größte Wohltat für dieses Land bedeuten.“

So weit der Londoner Korrespondent des
„Matin“, der von der Sache mehr wissen kann,
als ein in Wien lebender Engländer. Dem
deutschen Publikum sind die Gründe für die Hal-
tung des Berliner Kabinetts genugsam dargelegt
und von der deutschen öffentlichen Meinung ein-
müthig gebilligt worden. In dem Augenblick,
wo Griechenland vor der Nothwendigkeit steht,
seiner Schuldlast um den Betrag der von den
Großmächten, immer mit Einschluß Englands,
der Pforte zugewilligten Kriegsschuldung zu
vermeiden, erfüllt die deutsche Regierung eine un-
abweisliche Pflicht, wenn sie nichts unberührt
läßt, um die älteren Gläubiger des bankrottirten
Staates ohne Unterschied der Nationalität gegen
eine weitere Verfürgung ihrer ohnehin schwer be-
einträchtigten Ansprüche durch internationale Maß-
nahmen zu schützen.“

Die „Times“ selbst ist übrigens jetzt ge-
zungen, indirekt die Vorteile der Finanzkon-
trolle zu bestätigen; das Blatt erfährt aus
Konstantinopel vom Montag: „Die Vorkämpfer
glauben und besitzen anscheinend auch deutliche
dahingehende Information, daß die Ottomanen
die ganze Kriegsschuldung beifügen
würde, wenn die Kontrolle der griechischen Finan-
zen gesichert würde.“ — Daß die Vorkämpfer
aber auch bereits praktische Schritte unternehmen,
um die Finanzkontrolle ins Leben zu rufen, zeigt
folgende Depesche:

Konstantinopel, 24. August. Die
Vorkämpfer beschlossen in der heute früh statt-
gehabten Versammlung, in Athen Schritte in dem
Sinne zu thun, von der griechischen Regierung
die Angabe derjenigen Staatseinkünfte zu er-
langen, welche für den Dienst einer zur Zahlung
der Kriegsschuldung aufzunehmenden Anleihe
bestimmt werden könnten.“

Englands Einspruch gegen die Finanzkon-
trolle scheint also glücklicherweise ohne jede Wir-
kung geblieben zu sein.

Die Steuermächte an Böllen und Ver-
brauchssteuern in den ersten vier Monaten des
Jahres haben die Summe von 230,1 Mill., oder
1,5 Mill. weniger als im gleichen Zeitraum
des Vorjahres ergeben. Die Zölle haben ein
Plus von 2,3 Millionen erbracht, auch bei den
übrigen Verbrauchsabgaben sind kleine Mehr-
erträge zu verzeichnen gewesen. Die Zuckersteuer
hat jedoch ein Minus von nahezu 6 Millionen
aufzuweisen und demgemäß das Gesamtergebnis
ungünstig beeinflusst. — Von den übrigen Ein-

nahmen hat die Bärensteuer zwar noch einen
etwas geringeren Ertrag als im gleichen Zeit-
raum des Vorjahres ergeben, jedoch beläuft sich
das Minus jetzt nur noch auf etwas mehr als
30 000 Mark. Die Post- und Telegraphenver-
waltung verzeichnete ein Mehr von 7,7 Millionen,
die Reichs-Eisenbahnverwaltung ein solches von
1 Million.

Einer der angesehensten italienischen
Journalisten, Signor E. Evangelisti, Redakt-
ur der „Tribuna“, wollte vorgestern als Gast des
Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Der Fürst
sitzt wieder an Gesichtsschmerzen, war aber sonst
sehr wohl und von bewundernswerther Geistes-
frische. Er vernahm ein näheres Eingehen auf
aktuelle politische Tagesfragen, plauderte aber in
seiner bekannten launigen Weise über ver-
gangene Zeiten und alte Erinnerungen, wobei
er mit besonderer Wärme wiederholt seines
„Freundes“ Crispi gedachte.

Dresden, 24. August. Der König von
Sachsen verlieh dem König von Siam und den
siamesischen Prinzen den sächsischen Hausorden
der Rauten-Krone. König Albert erhielt den
höchsten siamesischen Orden. Die heute Nach-
mittag zu Ehren des Königs von Siam ver-
anstaltete Galafest nahm einen glänzenden Ver-
lauf; König Albert brachte einen Trinkspruch
auf den König Siam in englischer Sprache
aus; letzterer dankte für den ihm bereiteten
Empfang.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. August. Dem Kaisermandat
in Totis wird der russische Generalstabchef
Obrutschew beizubehalten. Als Gäste des Kaisers
nehmen ferner u. A. theil: Die Militärattacheen
von Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland,
Spanien, Nordamerika, Rumänien, Serbien und
Japan. Dem Ehrenamt des deutschen Kaisers
werden zugetheilt: Kommandant General
der Kavallerie Graf Ulfenell, Oberst Pfeiffer,
Militärattachee Fürst Schönborg und Ordnam-
gs-offizier Graf Starheimberg.

Das „Fremdenblatt“ vernimmt, daß ange-
sichts der von deutscher Seite erfolgten Ab-
kehrung der Konferenz Ministerpräsident Graf
Badi von dem Oesterreichmarfch Fürsten Lobkowitz,
dem Grafen Bonarot und Grafen Oswald Thun
sowie dem Abgeordneten Dr. Perold unter dem
Ausdruck seines Dankes für das durch die An-
nahme der Einladung bewiesene Entgegen-
kommen mitgetheilt habe, daß die Konferenz als
gegenstandslos unterbleibe.

England.

London, 24. August. Eine der hiesigen
chilenischen Gesandtschaft aus Santiago von
heute vergangene Depesche besagt, daß die Ge-
samtausfuhr von Salpeter im laufenden Jahre
nicht geringer gewesen sei, als veranschlagt war.
Die Abnahme der Salpeterausfuhr während der
ersten 6 Monate d. J. sei nennbar ausgefallen.
Es seien keine neuen Anleihen geplant; die der
Regierung zur Verfügung stehenden Mittel seien
vielmehr zur Deckung der Ausgaben vollkommen
hinreichend. Die Konversion sei durchaus ge-
schlossen. Der Vorschlag der Einnahmen und
Ausgaben für das nächste Jahr bilanzire in
vollkommener Weise.

Rumänien.

Bukarest, 24. August. Aus Anlaß des
Geburtstages des Prinzen-Thronfolgers fanden
heute im ganzen Lande Festgottesdienste statt.
Bukarest hat Flaggenhissung angelegt. In
Sinaia sind sämtliche Minister sowie das diplo-
matische Korps anwesend. Nach dem Festgottes-
dienste brachte der Ministerpräsident Sturdza die
Glückwünsche des Ministeriums dem Prinzen
Thronfolger dar, dessen Genesung rasche Fort-
schritte macht.

Türkei.

Konstantinopel, 24. August. (Meldung
des „Wiener f. f. Telegr. Korresp.“) Heute
Vormittag wurde in Galata ein verdächtiger
Armenier verhaftet, welcher einen Polizisten zu
erschlagen drohte. Ein hierdurch entstandener
Sturm erzeugte eine kleine Panik, welche sich
jedoch bald legte. Mittags wurde bei einer
französischen Wohnungsvormietherin in Pera,
bei welcher drei Armenier wohnten, eine Haus-
suchung vorgenommen. Einer der Armenier,
Namens Bortan, angeblich Sprachlehrer, erschloß
sich bei der Ankunft der Polizei, die beiden
anderen wurden verhaftet. Diese und andere
kleine Vorfälle erzeugten wohl in unmittelbarer
Nähe eine momentane Unruhe, welche sich jedoch
angesichts der guten Haltung der Polizei und
des Militärs sofort legte. Die Nachrichten über
großen Paniken und Unruhen, welche
gerücht werden, sind bisher ungesichert. Der
Landes- und Verkehrs- und Verkehrs- und Verkehrs-
minister der Begründung. Ebenso erscheinen auch
die Gerüchte über bevorstehende Ereignisse un-
begründet. Uebrigens sind von türkischer Seite
alle Maßregeln getroffen.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 25. August. Gräfin
Schimmelmann wird am nächsten Freitag
Abend um 8 Uhr nochmals im großen
Saal des Konzerthauses einem Vortrag halten
über das Thema „Eine neue Welt“. Jedermann
ist dazu freundlichst eingeladen. Demnächst be-
absichtigt die Dame einige Vorstellungen in
Swinemünde und Albeck zu veranstalten.

* Am 20. d. Mts. wurde eine ältere Dame
von einem Knecht, dessen Maschine die
Nummer 1555 getragen haben soll, überfahren
und derartig verletzt, daß sie noch jetzt bet-
tägerig krank ist. Zeugen des Vorfalls wollen
sich im Bureau des Herrn Polizeisekretärs
Streiß, große Bollweberstraße 59, 2 Treppen
melden.

Das Gastspiel des Herrn Julius
Spielmann im Bellevue-Theater
geht seinem Ende entgegen, derselbe wird nur
noch seine hervorragenden Rollen zur Dar-
stellung resp. Wiederholung bringen, so morgen den
„Nicoletto“ im „Modell“, worin Fr. Fischer als
„Colletto“ auftritt. Am Freitag giebt Herr
Spielmann nochmals den „Barintay“ im „Zigeuner-
baron“, dazu findet das letzte Sommerfest im
Garten und Saale statt. Am Sonnabend wird
bei kleinen Preisen „Marie-Anne“ wiederholt.

Der Schicksale Nijf-Bein-
unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Robert
Seidel, veranstaltet am Sonnabend im Konzerthaus-
garten ein Konzert unter Mitwirkung der
Kapelle des Königs-Regiments. Sowohl der
instrumentale, wie der vokale Theil bietet eine
Reihe ausnehmender Kompositionen, so daß das
Konzert einen hohen musikalischen Genuß ver-
spricht.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden
für folgende Preise erzielt: Rindfleisch:
Keule 1,30, Filet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark;
Schweinefleisch: Koteletts 1,50, Schinken 1,30,
Vand 1,20 Mark; Kalbfleisch: Koteletts 1,60,
Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammel-
fleisch: Koteletts 1,50, Keule 1,40, Vorderfleisch
1,20 Mark; geräucherter Speck 1,80 Mark per
Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf.
billiger.

Im Auftrage des Ministers der geist-
lichen u. m. Angelegenheiten revidirt gegen-
wärtig der Schulrath Dr. Rüppers aus Berlin
den Turnunterricht an den Semi-
naren der Provinz Pommern.

Die Geschäfte des königlichen Eisenbahn-
kommissars für die östlichen Privatbahnen (Al-
bama-Kolberg, Stargard-Küstrin,
Ostpreussische Privatbahn, Marienburg-Mianka)
sind zufolge Verfügung des Ministers der öffent-
lichen Arbeiten auf den Präsidenten der könig-
lichen Eisenbahndirektion Polen, Herrn Breithaupt,
übergegangen. Bisher übte der Präsident der
königlichen Eisenbahndirektion Berlin, Vizepräsident
Geheimer Oberregierungsrath Kranold, das staat-
liche Aufsichtrecht über die östlichen Privat-
bahnen aus.

Der bisher als Hilfsarbeiter im
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und
Forsten beschäftigte Regierungsrath Praetorius
aus Stettin ist zum Geheimen Regierungs-
und vortragenden Rath in diesem Ministerium er-
nannt worden.

Durch das Polizeikostengesetz
vom 20. April 1892 sind den Städten mit künig-
licher Polizeiverwaltung neben den erhöhten Bei-
trägen zu den Polizeikosten anderweitige Lasten
auferlegt worden, die aufzulegen nach den
Motiven des Gesetzes und den Verhandlungen
der beiden Häuser des Landtages nicht in der
Absicht der Gesetzgeber, und zwar weder in der
Absicht der königlichen Regierung noch in der
Absicht der Parlamentsmehrheiten, lag. So sind
beispielsweise die Kosten, welche in Folge Ent-
lassung der städtischen Nachtwächter von den be-
treffenden Städten aufgewandt werden müssen,
in keiner Weise bei den Verhandlungen ins Auge
gefaßt worden, da die damals herrschende Rechts-
ansicht dahin ging, daß die Nachtwächter, als
lediglich zu mechanischen Dienstleistungen be-
stimmt, auf Grund der mit ihnen vereinbarten
Kündigung ohne Weiteres entlassen werden könn-
ten. Die Nachspruchung des Reichsgerichts hat
diese Ansicht negirt und in Verbindung mit dem
Polizeigesetz den Städten große Lasten auferlegt.
Ueberhaupt haben die mannigfaltigen Zweifel
wegen der Frage, welche Polizeikosten durch den
von den Städten zu zahlenden Kopfbeitrag be-
gründet werden sollen, die oft schwierige Unter-
scheidung zwischen mittelbaren und unmittelbaren
Polizeikosten zu einer nicht befriedigenden Mehr-
belastung der Städte Veranlassung gegeben, und
es hat wirklich den Anschein, als ob die ge-
setzgebenden Faktoren sich selbst bei Vorlage und
Berathung des Gesetzes über seine Tragweite
nicht ganz klar gewesen sind. Der Magistrat zu
Königsberg hat nach einer Mitteilung der
„Deutschen Gemeindezeitung“ aus diesen Er-
wägungen Veranlassung genommen, durch ein
Mündschreiben bei den interessirten Städten an-
zufordern, ob sie geneigt sind, eine Petition zu
aufzuschieben, in der die Staatsregierung auf
diese unbilligkeitsmäßige Mehrbelastung auf-
merksam gemacht werden soll. Um in der Rich-

die Kosten für die Dauer des Geschäftsjahres
vom 1. Juli 1897 bis 1898 zu bemessen. Auf
Grund dieses Beschlusses und auf Grund des
von Vereinigte preussischer Hausbesitzer-Vereine
in Leipzig gefassten Beschlusses ist ein preussischer
Landes-Ausschuß gebildet worden,
welcher aus den Herren Bobbe-Königsberg,
Bauer-Danzig, Dr. Graumann-Stettin, Dettel-
Breslau, Beveling-Überswalde, Wind-Berlin,
Lembert-Galle, Ritter-Kamoder, Mohr-Kassel,
Reinmann-Altona, Herzberg-Posen, Löffel-Magdeburg,
Dr. Schulte-Kiel besteht. Bei der Wahl
des Vorstandes wurden Herr Bauath Beveling-
Überswalde zum Vorsitzenden, Herr Dr. Gra-
mann-Stettin zu seinem Stellvertreter, Herr C.
Bobbe-Königsberg i. Pr. zum Schriftführer ge-
wählt. In Sachen, welche die besonderen Inter-
essen des städtischen Grundbesitzes in Preußen
betreffen, haben sich die preussischen Ortsvereine
mit Herrn Bauath Beveling-Überswalde in Ver-
bindung zu setzen.

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Warum soll man Verträge langzeitig
schließen? Die Bevölkerung großer Städte ist
im fortwährenden Wechsel begriffen. Tausende
ziehen von fern in ihre Manern, Hunderte
wechseln in der Stadt ihren Beruf und ihre
Famillie und Angehörige suchen eine Wohnung,
um nach kurzer Frist, die habe auf dem Wogen,
einem neuen Heim sich hoffnungslos zuzuwenden.
Jüngere Gebanten und Umrast haben die frühere
Sehnsucht vertrieben. Die letzten Jahre sind
für den Vermieter wieder von recht lebhaftem
Einbruch gewesen. Es wurde viele Miethie für
immer schuldig gelassen und es wurde viel um-
gezogen. Häufige Umsätze sind vom Uebel. Daß
es nicht ist, wenn bewegliche wirtschaftliche
Güter rasch und oft von einer Hand zur andern
wandern, ist bekannt und richtig, aber für das
Wohnungsrecht gilt gerade das Gegentheil.
Dr. Strauß, der um die deutschen Hausbesitzer in
Schrift und sonstiger Arbeit sich hochverdient
gemacht hat, sagt mit Recht: „Der redliche Haus-

besitzer wünscht aus seinem Grundbesitz nichts
anderes, als eine sichere und feste Rente für
seine Kapitalanlage zu beziehen. Fest und sicher
kann diese Rente aber nur sein bei möglichst
dauernden Miethsverträgen.“ Jeder Wechsel im
Bestande der Miether erfordert Aufwendungen
für Reparaturen der Wohnungen, führt die Mög-
lichkeit der Miethvermittlung derselben, sowie die
fernere, auf einen nicht zahlungsfähigen Miether
zu stoßen, nahe und gefährdet so den erhofften
Rentenbezug. Der Vermieter hat also keines-
wegs ein Interesse an der Erleichterung des
Wohnungswechsels. Ebenso wenig kann eigentlich
ein solches Interesse auf Seiten des Miethers
angenommen werden, auch ihm muß schon wegen
der Unbequemlichkeit des Wohnungswechsels bei
übermäßigem Angebot oder bei Mangel an ge-
eigneten Objekten die Unwahrscheinlichkeit, eine
seinen Ansprüchen genügende Wohnung zu finden,
der Gefährdung seines Mobiliars beim Trans-
port von einer Wohnung in die andere daran
liegen, möglichst selten zu einem Umzug zu
zwingen. Wie häufig ist der Miether durch seine
geschäftlichen oder Verkehrsbeziehungen an eine
bestimmte Gegend, ein bestimmtes Stadt-
viertel gebunden — nichtsdestoweniger wechselt er

häufig seine Wohnung. Oft sind es gar nichtige
Gründe, die den Vermieter veranlassen, eine
neue, natürlich „bessere“ Wohnung aufzusuchen,
wie es andererseits auch unpraktische Hauswirthe
gibt, bei denen es Niemand anhalten will.
Ueber die Geldinteressen des Vermiethers und
des Miethers hinaus spricht noch ein allgemei-
nes Interesse gegen die Erleichterung des Woh-
nungswechsels durch Statuirung der Formlosig-
keit des Miethvertrages. — Wenn auch durch das
heutige Transportwesen der Umzug viel von
seinen Schrecken verloren hat, so ist es doch
unbestreitbar, daß recht viel Kapital, das nutz-
bringend angelegt werden könnte, auf Umzugs-
kosten verschwendet wird. Die Freizügigkeit im
Großen, das Recht der deutschen Bürger, von
einem Staat nach dem anderen, von Stadt zu
Stadt zu ziehen, hat in neuerer Zeit manche
Anfeindungen erfahren. In den Städten wird
es in der Zukunft einmal heißen: „Wir lassen
Niemand in den Städten wohnen, der nicht im
Stande ist, den auf ihn fallenden Theil der
Kosten der Stadteinrichtungen zu bezahlen.“
Schon jetzt aber sollten die Hauseigentümer im
Interesse beider Theile auf eine Hebung der
Sehnsucht hinwirken. Daß dies zweckmäßig

ist, lehrt die Reichshauptstadt, wo jährlich der
vierte, bisweilen auch der dritte Theil der Ein-
wohner umzieht und dieses Nomadentum auch
auf das gesellige und geschäftliche Leben nicht
ohne bösen Einfluß geblieben ist. Der Mieth-
vertrag soll dauernder Natur sein. Die Ver-
pflichtungen beider Theile sind in der Regel
sehr vielfältige, zuweilen sehr komplizirter Art;
um nutzlosen und kostspieligen Prozessen vorzu-
beugen, ist es nöthig, daß die gegenseitigen
Rechte und Pflichten schriftlich klar und deutlich
abgefaßt werden. In Ansehung der oben ange-
führten Gründe sollten die Verträge zum größe-
ren Theile langzeitig geschlossen werden; der
Angebot für beide Kontrahenten liegt auf der
Hand.
(Hann. Grundbes.-Ztg.)

Der 19. Verbandstag der städtischen
Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutsch-
lands hat den Verbandsvorstand ermächtigt, auf
Antrag der Hausbesitzer-Vereine einzelner Bun-
desstaaten selbstständig arbeitende Ausschüsse zur
besonderen Wahrnehmung der Interessen der
Hausbesitzer der einzelnen Bundesstaaten zu bil-
den und für die zu bildenden Landes-Ausschüsse

